



## Eröffnungsbeschluss

In dem Verfahren



— Antragsteller, —

gegen

Bundesvorstand der Piratenpartei Deutschland  
Pflugstr. 9a  
10115 Berlin  
vorstand@piratenpartei.de






Vertreten durch

Muss von Antragsgegner noch benannt werden

— Antragsgegner, —

Aktenzeichen SGdL-02-21-H

wegen

1. Aufhebung des Bundesvorstandsbeschluss #74379 und diesen für unwirksam zu erklären.
2. Hilfsweise den nicht zurückgetretenen Landesschatzmeister im kommissarischen Landesvorstand als Schatzmeister zu belassen und nicht abzuverufen.
3. Hilfsweise die Personen , , ,  und  nicht in den kommissarischen Vorstand zu berufen.

hat die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder (SGdL) der Piratenpartei Deutschland durch die Richter Stefan Lorenz, Wolfgang Dudda und Vladimir Dragnić durch Sitzung am 07.02.2021 entschieden:

1. Das Verfahren wird eröffnet.
2. Das Verfahren erhält das Aktenzeichen **SGdL-02-21-H**, welches bei jeglicher Kommunikation in diesem Verfahren mit anzugeben ist. Jegliches Schreiben ist nur an **anrufung@sgdl.piratenpartei.de** zu richten und nicht an einzelne Richter. Obligatorisch kann in der Betreffzeile noch die Ticket-Nr. #77236 angegeben werden.
3. Die beteiligten Richter sind nach § 10 Abs. 3 S. 1 SGO i.V.m. dem aktuellen Geschäftsverteilungsplan des Schiedsgerichts der Länder als Berichterstatter **Stefan Lorenz** und als weitere Richter Wolfgang Dudda und Vladimir Dragnić.

– 1 / 2 –

Die 1. Kammer des Schiedsgericht der Länder der Piratenpartei Deutschland wird vertreten durch:

Melano  
Gärtner

Vorsitzender Richter

Dominique  
Reinoß

Richter

Wolfgang  
Dudda

Richter

Vladimir  
Dragnić

Richter

Stefan  
Lorenz

Richter



4. Der Spruchkörper sieht keinen Richter nach § 5 Abs. 1 SGO von Amts wegen als befangen an. Ein Hinweis auf § 5 Abs. 2 S. 1 SGO findet sich in der Rechtsmittelbelehrung wieder.

Die Richter Melano Gärtner und Dominique Reinoß sind aktuell beurlaubt und stehen für das Verfahren nicht zur Verfügung.

## I. Rechtsmittel- / Rechtsbehelfsbelehrung und rechtliche Hinweise

Die Schiedsgerichtsordnung sieht gegen diesen Beschluss keine Rechtsmittel vor.

Nach § 7 Abs. 2 letzter Hs wird es keine Güteverhandlung geben.

Nach § 5 Abs. 2 S. 1 SGO hat jeder der Verfahrensbeteiligten das Recht, die Ablehnung eines Richters wegen Besorgnis der Befangenheit zu beantragen. Das Recht zur Ablehnung besteht nicht, wenn der Beteiligte sich bei dem Richter, ohne den ihm bekannten Ablehnungsgrund geltend zu machen, in eine Verhandlung eingelassen oder Anträge gestellt hat, § 5 Abs. 2 S. 4 SGO.

**Nach § 9 Abs. 3 S. 1 SGO hat der Antragsgegner einen Vertreter zu bestimmen, der sie bis auf Widerruf vertritt. Der Beschluss zur Ernennung eines Vertreters ist dem Gericht vorzulegen.**

Nach § 10 Abs. 4 S. 3 SGO können die Verfahrensbeteiligten eine schriftliche oder präsente Hauptverhandlung beantragen. Vorsorglich wird darauf hingewiesen, dass bei der aktuellen pandemischen Lage eine Antrag auf Präsenzverhandlung eher abgelehnt wird.

Nach § 10 Abs. 5 S. 3 SGO kann auch ohne Anwesenheit der Verfahrensbeteiligten an mündlichen oder fernmündlichen Terminen verhandelt und entschieden werden.

Es ergeht an die Verfahrensbeteiligten noch der rechtliche Hinweis, dass i.S.d. § 14 SGO<sup>1</sup> neben der digitalen Verfahrensakte im Redmine zusätzlich eine gleichwertige (Kopie) nicht digitale Akte am Gericht geführt wird. Diese unterliegt ebenfalls im vollen Umfang dem § 14 SGO.

Stefan  
Lorenz  
Berichterstatte

Wolfgang  
Dudda

Vladimir  
Dragnić

<sup>1</sup>Schiedsgerichtsordnung, § 14 Dokumentation